

Arbeit in den 90er Jahren

Die von der Union politisch durchgesetzte Soziale Marktwirtschaft war die Grundvoraussetzung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands nach dem Kriege. Diesem ordnungspolitischen Rahmen hat die Regierung Helmut Kohl nach 13 Jahren SPD-Regierung wieder Geltung verschafft und enorme Erfolge erzielt: alle Konjunkturdaten haben wieder eine positive Tendenz, die Kurzarbeit spielt kaum noch eine Rolle, allein 1985 wurden rund 250 000 neue Arbeitsplätze geschaffen, mit weiteren 300 000 ist in diesem Jahr zu rechnen, die Inflationsrate liegt bei Null, die Staatsfinanzen sind wieder geordnet.

Trotz umfangreicher staatlicher Konjunkturprogramme hinterließ die frühere Regierung nahezu 2 Millionen Arbeitslose – eine bedrückende Last für alle Verantwortlichen. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit konnte in den letzten Jahren gebremst, aber noch nicht entscheidend abgebaut werden. Die Nachfrage nach Arbeitsplätzen wird aufgrund der geburtenstarken Jahrgänge sowie einer steigenden Zahl bisher nicht berufstätiger Frauen bis Ende der achtziger Jahre zunehmen. Obwohl die Bevölkerungszahl bis zum Jahre 2000 um ca. 1,5 Millionen zurückgehen wird, ist erst ab 1990 mit einem Rückgang der Bevölkerung im Erwerbsalter zu rechnen. Andere Faktoren bewirken, dass ohne vielfältige Maßnahmen aller politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen auch bis Mitte der neunziger Jahre die Gefahr anhaltend hoher Arbeitslosigkeit besteht. Dies ist bedingt durch die Überschüsse an Erwerbspersonen mit geringer Qualifikation (Un- und Angelernte), mit engem Qualifikationsspektrum (Schreibkräfte, Einzelhandelskaufleute) und mit hoher Spezialisierung (z.B. Lehrer). Einem partiellen Mangel an Facharbeitern steht eine steigende Akademikerarbeitslosigkeit gegenüber. Dies ist auch die Folge der Abkoppelung des Bildungs- vom Beschäftigungssystem in den siebziger Jahren. Mit ursächlich für diese Situation ist aber auch der sich seit einiger Zeit vollziehende Strukturwandel in der Wirtschaft: der Dienstleistungssektor wächst zu Lasten von Industrie und Landwirtschaft.

Der Strukturwandel wird verstärkt durch wachsenden technischen Fortschritt, der zu einer Steigerung der Arbeitsproduktivität führt. Dieser technische Fortschritt zeigt sich besonders deutlich bei Informations-, Kommunikations- und Organisationstechniken, bei Bearbeitungs- und Verfahrenstechniken, im Werkstoff- und Vorleistungsbereich. Er vollzieht sich kontinuierlich, nicht schubartig. Dabei wirkt er ambivalent: einerseits werden Arbeitsplätze durch Rationalisierung entbehrlich, bestimmte traditionelle Berufe werden nicht mehr gebraucht, andererseits werden neue Arbeitsplätze geschaffen, besonders im Bereich der Entwicklung, Herstellung und Einführung der neuen Techniken als auch über neue und geänderte Produkte und Produktionen. Der Innovationsdruck sowie der Technisierungsgrad werden bis zum Jahre 2000 noch weiter steigen, was auch mit der fortschreitenden internationalen Arbeitsteilung zusammenhängt.

Gleichzeitig wird der Prozess der Arbeitsteilung im einzelnen Betrieb zu Ende gehen, immer mehr Vorgänge in der Produktion werden zusammengefasst, neue Technologien haben ein Mehr an Komplexität – was zu entsprechenden Konsequenzen in der Weiterbildung führen muß. Auch der bisherige „Gleichschritt“ der Arbeit wird sich ändern: gemeinsamer Beginn

und Ende der Arbeitszeit, der Pausen u.ä. werden seltener; die monotone am Fließband in starren Rhythmen geleistete Arbeit wird häufiger von Robotern übernommen – auch ein Beitrag zur Humanisierung der Arbeit.

Arbeit ist mehr als Erwerbsarbeit. Über die traditionelle Funktion der Sicherung des physischen Überlebens des Menschen hinaus bietet Arbeit auch die Chance der Selbstentfaltung, Selbstdarstellung bzw. Selbstverwirklichung. Außerdem bringt Arbeit gesellschaftliche Anerkennung, weil die Tätigkeit als gesellschaftlich notwendig und nützlich angesehen wird. Der Arbeitslose hat zwar eine materielle Absicherung; ihm fehlt aber die Chance der Selbstverwirklichung und der gesellschaftlichen Anerkennung in der Arbeit. Hier ist Politik gefordert.

Bei hohem Wohlstandsniveau und noch steigenden Einkommen gewinnen die immateriellen Faktoren für Arbeitnehmer immer mehr an Bedeutung; die Präferenz zur Befriedigung immaterieller Bedürfnisse (Kunst, Unterhaltung) nimmt immer mehr zu. Gleichzeitig ist eine Gewichtsverlagerung von der erwerbsgebundenen Arbeit zur nicht erwerbsgebundenen Arbeit und anderen Formen der Arbeit festzustellen: zur Eigenarbeit, Hobbyarbeit und Sozialarbeit. Die Zunehmende Freizeit, die Preisentwicklung von Gütern und Diensten sowie der Wertewandel werden den Trend zu „do-it-yourself“ verstärken.

Um Beschäftigung in den neunziger Jahren zu sichern bzw. weitere Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen, sind folgende Bedingungen unverzichtbar bzw. folgende Maßnahmen zu ergreifen:

- *Der Einfluss des Staates auf das Wirtschaftsgeschehen ist in quantitativer Hinsicht (Staatsquote) als auch in qualitativer Hinsicht (Regelungsdichte) weiter abzubauen.*
- *Die Wachstumsgrundlagen sind systematisch und gezielt zu fördern; qualitatives Wachstum ist notwendig. Leistungs- und wachstumshemmende Faktoren sind abzubauen.*
- *Weiterer technischer Fortschritt ist unverzichtbar. Der Einsatz neuer Techniken darf sich aber nicht nur am Machbaren und dem betriebswirtschaftlichen Gewinn orientieren, sondern er muß gesellschaftlich und sozial vertretbar sein.*
- *Ein optimaler Einsatz neuer Technologien ist nur mit den Arbeitnehmern, nicht gegen sie möglich. Deshalb sind die entsprechenden Gesetze so zu ändern, dass Betriebs- und Personalräte bei der Einführung neuer Technologien stärker und früher als bisher am Entscheidungsprozeß beteiligt werden.*
- *Die Abgabenbelastung für die Bürger ist insgesamt zu reduzieren. Es sind jedoch nicht nur die Steuern zu senken, sondern die Besteuerung muß auch leistungsgerechter erfolgen. In einer notwendigen Steuerreform sind investitionsfreundliche Bedingungen zu schaffen. Die Ausstattung der Unternehmen mit Risikokapital muß verbessert werden. Arbeitsplatzschaffende Investitionen sowie solche im Bereich des Umweltschutzes sind steuerlich zu begünstigen. Bei den direkten Steuern ist eine Entlastung anzustreben ggf. unter Anhebung der indirekten Steuern.*
- *Private Haushalte müssen die Kosten für die Beschäftigung von Arbeitnehmern vom steuerpflichtigen Einkommen abziehen können.*
- *Wirtschaftliche Subventionen sind zeitlich zu begrenzen; die Leistungen sind degressiv zu gestalten mit dem Ziel, sie gänzlich abzubauen.*
- *Das Arbeitszeitrecht ist weiter unter sozial verträglichen Aspekten zu flexibilisieren und auch finanziell attraktiver zu gestalten (Teilzeitarbeit, Jobsharing, befristete Arbeitsverträge, Beurlaubung, Vorruhestand – auch im öffentlichen Dienst). Dabei ist*

sicherzustellen, dass dadurch nicht Tendenzen zur Aufnahme einer Nebentätigkeit oder „zweiten Erwerbstätigkeit“ gefördert werden.

- *Für junge Menschen sind nach Beendigung der Ausbildung gleitende Übergänge in das Erwerbsleben zu erleichtern (z.B. Arbeitsplatzteilung bzw. Teilzeitarbeit mit steigender Wochenstundenzahl bei gleichzeitiger Weiterbildung). In diesem Falle ist die Zahlung von Teilunterhaltsgeld durch die Arbeitsverwaltung zu ermöglichen.*
- *Für ältere Arbeitnehmer sind neue, flexible Arbeitszeitregelungen zu entwickeln, die bei entsprechender sozialversicherungsrechtlicher Absicherung einen gleitenden Übergang in den Ruhestand ermöglichen.*
- *Eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit, die den individuellen Wünschen der Arbeitnehmer entspricht und auf die Organisations- und Produktionsstrukturen der Betriebe Rücksicht nimmt, ist beschäftigungspolitisch notwendig.*
- *Überholte Betriebszeitregelungen sind zu liberalisieren (z.B. das Ladenschlussgesetz im Einzelhandel).*
- *Tarifverträge müssen stärker als bisher auf die örtlichen Gegebenheiten Rücksicht nehmen.*
- *Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit sind auf absehbare Zeit unverzichtbar.*
- *Vermeidbare Überstunden sind weiter abzubauen, notwendige Überstunden sind vermehrt durch Freizeitausgleich abzugelten.*
- *Die Schwarzarbeit ist stärker als bisher zu bekämpfen.*
- *Die Beschäftigung von Arbeitnehmern aus östlichen Staatshandelsländern ist restriktiv zu handhaben.*
- *In Zusammenarbeit mit den Trägern der freien Wohlfahrtspflege sind verstärkt Menschen zur Übernahme freiwilliger sozialer Dienste zu motivieren und auszubilden (soziale Selbsthilfe).*
- *Nach Auslaufen der Landes-Ausbildungsprogramme sind Landesprogramme zur verstärkten freiwilligen Rückkehr ausländischer Arbeitnehmer in ihre Heimatländer aufzulegen.*
- *Betriebsneugründungen sind weiter zu erleichtern und finanziell zu fördern.*
- *Die Gründung neuartiger Betriebsformen, vor allem auch mit der sozialpädagogischen Zielsetzung, Jugendliche wieder in den formellen Arbeitsmarkt einzugliedern, ist zeitlich befristet finanziell zu fördern.*
- *Selbsthilfeinitiativen zur Arbeits- und Ausbildungsplatzbeschaffung sind ebenfalls zu unterstützen.*

Technischer Fortschritt und veränderte Wettbewerbsbedingungen führen für viele Arbeitnehmer zu neuen Qualifikationsanforderungen. Da die Dynamik des technischen Fortschritts weiter zunehmen wird, müssen Qualifikationen vermittelt werden, die langfristig verwendbar sind und eine rasche Umstellung der Kenntnisse und Fertigkeiten auf noch nicht absehbare Neuerungen ermöglichen. Der Arbeitnehmer wird zunehmend vom unmittelbaren Umgang mit den Werkstücken bzw. Informationen getrennt und übernimmt Aufgaben auf der Ebene der Steuerung, Überwachung und Instandhaltung technischer Systeme, beurteilende Aufgaben und damit mehr Verantwortung.

Aus diesen Erkenntnissen heraus ergeben sich folgende Notwendigkeiten:

- *Das System der beruflichen Erstausbildung muß den Anforderungen des technischen Wandels verstärkt Rechnung tragen. Berufsbilder und Ausbildungsordnungen müssen überarbeitet bzw. neue zügig entwickelt werden.*

- *Berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung wird mehr und mehr zum Bestandteil des Arbeitslebens und muß in steigendem Maße von der Wirtschaft wahrgenommen und organisiert werden. Auch die Kapazitäten der beruflichen Schulen sind für die Fort- und Weiterbildung zu nutzen.*
- *Die Anpassungsweiterbildung für Facharbeiter ist zu verstärken.*
- *Die Freisetzung un- und angelernter Produktionsarbeiter durch systematische Anlernung für eine Umsetzung muß vermieden werden.*
- *Bedingt durch den technischen Wandel gewinnt die Weiterbildung immer mehr an Bedeutung. Innerhalb der Lebensarbeitszeit ist deshalb ihr Anteil so zu vergrößern, dass mehrere Weiterbildungsabschnitte ermöglicht werden. Dabei ist zu prüfen, inwieweit Teile der Erstausbildung in die Weiterbildung verlagert werden können. Auch Zeiten außerhalb der Arbeitszeit sind zur Weiterbildung heranzuziehen.*
- *Für lernschwächere Jugendliche sind die zweijährigen Ausbildungsgänge (z.B. Chemiewerker, Handelsfachpacker, Teilezurichter) inhaltlich zu überarbeiten, verstärkt anzubieten sowie ggf. neue Ausbildungsgänge zu schaffen. Darauf können Weiterqualifikationen aufbauen.*
- *Für Abiturienten sind die Alternativen zum Hochschulstudium auszuweiten (z.B. Sonderausbildungsgänge in der Industrie bzw. Berufsakademien).*
- *Zur Verbesserung der Situation arbeitsloser Akademiker sind die starren Regelungen im Beamten- und Besoldungsrecht für Neueinstellungen zu ändern.*
- *Die Verwissenschaftlichung des Schulunterrichts muß reduziert werden.*
- *Neben der Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten ist auch stärker als bisher auf Verhaltensweisen und Tugenden zu achten (z.B. Verantwortung, Zuverlässigkeit usw.).*

Die Arbeitssituation in den neunziger Jahren stellt uns vor neue Herausforderungen. Um die Probleme zu bewältigen, sind zum Teil neue, unkonventionelle Wege zu beschreiten. In jedem Fall sind flexiblere Lösungen als in der Vergangenheit notwendig. Neben Wirtschaftswachstum und technischem Fortschritt sind viele kleine Schritte als flankierende Maßnahmen unabdingbar, um die Arbeitslosigkeit zu lindern. Wir brauchen eine industrielle Zukunftssicherung, wir brauchen aber auch eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht.